

Innenministerium Baden-Württemberg schließt Kooperation mit Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

geschrieben von Karin Hurrle | 11. Juli 2025



Politisches Ziel: Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum

Fünf Länder schließen einen Kooperationsvertrag für die Innere Sicherheit. Im Verbund sind Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum haben sich diese fünf Bundesländer zusammengeschlossen. Dies teilte das Baden-Württembergische Innenministerium am 14. Juni 2019 in einer Presseerklärung mit. Die fünf Innenminister unterzeichneten die Vereinbarung am Rande der Innenministerkonferenz in Kiel. Innenminister Thomas Strobl: „Mit dieser Kooperation setzen wir die erfolgreiche länderübergreifende Zusammenarbeit fort und packen gemeinsam an - für ein Mehr an Sicherheit im öffentlichen Raum. Das ist erfolgreich gelebter Föderalismus!“

Fünf Länder vereint für die Innere Sicherheit: Zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum haben sich die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammengeschlossen. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Hessens Innenminister Peter Beuth, der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz sowie der saarländische Innenminister Klaus Bouillon unterzeichneten hierzu am Rande der [Extern:Innenministerkonferenz in Kiel\(Öffnet in neuem Fenster\)](#) die länderübergreifende Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum. „Insbesondere schwere Straftaten im öffentlichen Raum oder örtliche Brennpunkte können das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen. Deshalb müssen wir entschlossen und mit Stärke handeln. Wir haben die Sicherheit im öffentlichen Raum besonders im Blick und zu einem polizeilichen Handlungsschwerpunkt gemacht. Mit dieser Kooperation setzen wir die erfolgreiche

länderübergreifende Zusammenarbeit fort und packen gemeinsam an – für ein Mehr an Sicherheit im öffentlichen Raum. Das ist erfolgreich gelebter Föderalismus!“, so der [stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl](#) nach der Unterzeichnung.

Bereits im Juni 2016 haben die Innenminister der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz eine [Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchkriminalität](#) unterzeichnet. Mit Erfolg! Die Anzahl der Wohnungseinbrüche ging in den vergangenen Jahren deutlich zurück bei gleichzeitig steigender Aufklärungsquote. Die intensive länderübergreifende Zusammenarbeit hat als Teil einer ganzheitlichen Bekämpfungsstrategie wesentlich zu den Fahndungs- und Ermittlungserfolgen beim Wohnungseinbruch beigetragen.

„Mit unseren Partnern wollen wir diesen erfolgreichen Weg konsequent weitergehen und bündeln unsere Stärken in einem neuen Handlungsfeld. Bereits Ende März fand im Kontext der Kooperation der [erste länderübergreifende Fahndungs- und Sicherheitstag](#) mit einer Vielzahl an Einsatzkräften statt. Ich habe mich damals an einer Großkontrollstelle persönlich vor Ort davon überzeugt, wie wichtig länderübergreifende Schwerpunktaktionen sind. Wir gehen dabei mit voller Schlagkraft gegen Straftäter vor, verdeutlichen die Handlungsfähigkeit des Staates und stärken gleichzeitig das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger“, stellte Innenminister Thomas Strobl heraus.

Auch [Extern:Bayerns Innenminister Joachim Herrmann\(Öffnet in neuem Fenster\)](#) ist vom Erfolg der bundesländerübergreifenden Zusammenarbeit überzeugt: „Die bereits 2016 geschlossene Kooperation gegen Wohnungseinbruch funktioniert hervorragend. Seitdem ging das Einbruchrisiko in Bayern um knapp ein Drittel auf 40 Wohnungseinbrüche pro 100.000 Einwohner im Jahr 2018 zurück. Mit unserem neuen Sechs-Punkte-Programm werden wir jetzt auch für noch mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen können. Die Bayerische Polizei wird sich hochengagiert daran beteiligen. Ich appelliere auch an die anderen Bundesländer, ebenfalls mitzumachen. Gemeinsam können wir die Kriminalität im öffentlichen Raum noch wirkungsvoller bekämpfen.“

„Durch die länderübergreifende Kooperation haben wir bereits in der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs gute Erfolge erzielt. Diese erfolgreiche Kooperation weiten wir nun auch auf die Bereiche der Sicherheit im öffentlichen Raum aus. Wir zeigen verstärkt polizeiliche Präsenz, stärken das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und erhöhen den Druck auf Straftäter“, sagte [Extern:Hessens Innenminister Peter Beuth\(Öffnet in neuem Fenster\)](#).

„Mit einer intensivierten länderübergreifenden Bekämpfung der Straftaten verstärken wir nicht nur die konsequente Verfolgung überregional agierender Mehrfach- und Intensivtäter, sondern stärken auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger“, betonte der [Extern:rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz\(Öffnet in neuem](#)

[Fenster](#)).

Der [Extern:Innenminister des Saarlandes Klaus Bouillon\(Öffnet in neuem Fenster\)](#) unterstrich: „Diese Kooperationsvereinbarung zwischen den Bundesländern führt zu einer Stärkung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Nur durch die intensive und länderübergreifende Zusammenarbeit wird es uns gelingen, einen erfolgreichen Weg im Zuge der Kriminalitätsbekämpfung zu beschreiten. Ich bin sehr froh, dass wir heute am Rande der Innenministerkonferenz zu diesem gemeinsamen Ergebnis gekommen sind und freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern.“

Die neue Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum umfasst insbesondere folgende Bereiche:

1. Mit der Intensivierung des **Informations- und Lagebild austauschs** sollen insbesondere überregional agierende Mehrfach- und Intensivtäter verstärkt in den Fokus genommen werden sowie gemeinsame Handlungsschwerpunkte identifiziert werden.
2. Die Partner führen regelmäßig **länderübergreifende Fahndungs- und Kontrollaktionen** durch. Hierbei soll konsequent gegen Straftaten im öffentlichen Raum vorgegangen und gleichzeitig das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt werden.
3. Im Bereich der **kriminaltechnischen Entwicklungen** arbeiten die Bundesländer noch enger zusammen und tauschen sich anlassbezogen intensiver aus.
4. Die **Präventionsmaßnahmen** zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum werden weiter ausgebaut und nach dem „Best-Practice-Ansatz“ zielgerichtet optimiert. Durchgeführte Schwerpunktaktionen werden mit umfangreichen Präventionsmaßnahmen begleitet.
5. Die Kooperationspartner vertiefen die Zusammenarbeit und den Austausch über Möglichkeiten und Chancen der **angewandten Sicherheitsforschung** im Kontext der Sicherheit im öffentlichen Raum.
6. Die Möglichkeiten der **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** zur Begleitung von Schwerpunktaktionen und zur Stärkung des

Sicherheitsgefühls der Bevölkerung werden offensiv genutzt.

Quelle und Foto: Innenministerium Baden-Württemberg